

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 66, Cindenzstraße 3
Telefon: Dönhofs 292 - 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 66, Cindenzstraße 3
Telefon: Dönhofs 292 - 297

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Lehrerschaft gegen Schulstreik.

Der Preussische Lehrerverein gegen die Dortmund-Dege.

Der Schulstreik im Dortmunder Landkreise, veranstaltet von evangelisch-mutterischen Geistlichen gegen die verfassungsmäßige Gleichberechtigung aller Staatsbürger, ist in sich selbst zusammengebrochen.

Jetzt hat nun die in Görtzig tagende Vertreterversammlung des Preussischen Lehrervereins zu dem Schulstreik Stellung genommen. Nach einer, mit stürmischen Beifall aufgenommenen Rede des Vorsitzenden des Westfälischen Lehrervereins, Schulrats Littel, wurde folgende Resolution beschlossen:

Die 8. Vertreterversammlung des Preussischen Lehrervereins verurteilt den Dortmunder Schulstreik wie jeden Schulstreik aufs schärfste. Es ist größte Verletzung der Erzieherpflicht, Verletzung an der Kindesseele, Unmündige als Mittel zur Austragung weltanschaulicher, partei- und kirchenspezifischer Kämpfe zu benutzen.

Die Vertreterversammlung kann nicht anerkennen, daß Gewissensnot Veranlassung zum Streik gegeben habe. In der Persönlichkeit und der Amtsführung des Schulrates Littel war kein Grund gegeben, von ihm eine Verletzung religiöser Überzeugungen befürchten zu müssen.

Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung ist diesem Ansinne, dessen Erfüllung eine offenbare Gesetzesverletzung gewesen wäre, entgegengetreten. Die Vertreterversammlung erwartet, daß der Minister wie die preussische Regierung und der Preussische Landtag in allen ähnlichen Fällen und vor allem auch bei den Verhandlungen über das Reichsschulgesetz mit aller Entschiedenheit dafür einsehen, daß die Staatshoheit über die Schule und die Freiheit der Lehrerpersönlichkeit unangetastet bleiben.

Die Vertreterversammlung spricht der Leitung des Westfälischen Lehrervereins Dank und Anerkennung dafür aus, daß sie in klarer Erkenntnis der wahren Ursachen und Ziele des Schulstreiks aus echter Erzieher- und Staatsbürgerpflicht heraus Lehrer- und Elternschaft gegen den Streik aufgerufen und damit wesentlich dazu beigetragen hat, ihn zum Scheitern zu bringen.

Diese Entschliebung des Preussischen Lehrervereins ist von erfreulicher Klarheit und eindeutiger Schärfe. Die kleinen Geister, die „religiöse Gewissensnot“ vorschützen, um den Einfluß der Dunkelmänner auf den Schulbetrieb wieder einzuführen zu können, sehen sich der geschlossenen Front der Lehrerschaft und aller Republikaner gegenüber. Sie werden auch beim Reichsschulgesetz ihre Forderungen erheblich herabschrauben müssen.

Die Ziele der Schulreaktion.

Wie jeder Beamte ist auch der Schulrat durch die Preussische Verfassung eidlich verpflichtet, das ihm übertragene Amt unparteiisch nach bestem Wissen und Können

zu verwalten und die Verfassung, die bekanntlich die Berücksichtigung der konfessionellen Eigenart in den Schulen empfiehlt, gewissenhaft zu beobachten. Die Preussische Verfassung bietet also eine genügende Handhabe, gegen einen Schulrat einzuschreiten, wenn er den Geist einer Schule in parteiischer Weise beeinflußt.

Wie feindlich auch heute noch der größere Teil der evangelischen Kirchengemeinden selbst den Katholiken gegenübersteht, haben Äußerungen evangelischer Geistlicher und Körperschaften mehr als einmal bewiesen. Wie die evangelischen Elternschaften in Dortmund einen dissidentischen Schulrat zu verdrängen suchen, so bemüht sich die protestantische Diaspora am fast ausschließlich katholischen Niederrhein, den katholischen Schulrat in Wörs II kaltzustellen und durch einen protestantischen zu ersetzen, obgleich der Posten in Wörs I schon durch einen Protestanten besetzt ist.

Den Hintermännern derartiger Machenschaften, die größtenteils im deutschnationalen Lager zu finden sind, kommt es dabei weniger auf die Interessen der christlichen Schule als auf politische Machtziele an. In ihren Mitteln sind sie nicht wählerisch. Im Dortmunder Streitfall, in dem die Entscheidung des Reichsgerichts angerufen worden ist, unternimmt man sogar den Versuch, Gericht und Öffentlichkeit im voraus zu beeinflussen. Man nimmt dabei eine Uebergangsbestimmung der Reichsverfassung für sich in Anspruch, die angeblich einen Artikel aus der preussischen Verfassungsurkunde von 1850 zum geltenden Recht in der Schulfrage erhebt.

„Bis zum Erlaß des im Artikel 146 Abs. 9 vorgeesehenen Reichsgesetzes (Reichsschulgesetz) bleibt es bei der bestehenden Rechtslage. Das Gesetz hat Gebiete des Reiches, in denen eine nach Verhältnissen nicht getrennte Schule gesetzlich besteht, besonders zu berücksichtigen.“

Die Bestimmung stellt sich also nicht nur nicht schützend vor die Konfessionsschule, sondern verpflichtet die künftige Schulpolitik von vornherein auf eine Bevorzugung der überkonfessionellen Schule. Es hieße den Sinn der Verfassung umkehren, wenn man aus dieser Bestimmung das Recht auf ein Vorgehen gegen eine Persönlichkeit herleiten wollte, die jenseits des Kampfes der Konfessionen steht. Aber das Ziel der Treiber im Dortmunder Schulstreik geht weiter. Ihr Plan ist es, durch Mißbrauch konfessioneller Probleme die Anhänger der Sozialdemokratischen Partei der Republik zu entfremden.

Der Schulkampf in Polnisch-Schlesien.

Deutsche Schulen für 7000 Kinder verlangt.

Das nach der Teilung Oberschlesiens geschlossene deutsch-polnische Abkommen bestimmt, daß die Erklärung eines Erziehungsberechtigten genügt, damit sein Kind zu einer sprachlichen Minderheit gerechnet wird. In dieser Art waren in Kattowitz 8500 Kinder für deutsche Minderheitsschulen angemeldet worden. Gegenüber dem klaren Wortlaut des Vertrages hatten die polnischen Behörden nun einen unzulässigen Druck auf die Eltern ausgeübt. Sie hatten sie polizeilich vernommen, und zum Teil zum Widerruf veranlaßt. Die polnischen Behörden strichen nicht weniger als 6500 Kinder wieder von der Liste, um sie nicht in deutschen Minderheitsschulen unterbringen zu müssen; sie behaupteten dabei, daß es sich gar nicht um Kinder deutscher, sondern polnischer Eltern handle.

Daraufhin hat sich der Deutsche Volksbund, als die anerkannte Vertretung der deutschen Minderheit, beim Präsidenten der Gemischten Kommission, Calonder, beschwert. Er hat daraufhin angeordnet, daß die Kinder unverzüglich Minderheitsschulen zu überweisen sind. Zugleich sollen die Strafmandate aufgehoben werden, die die polnische Polizei den Eltern deshalb aufgehast hatte, weil sie die Kinder nicht in die polnischen Schulen hatten gehen lassen.

Calonder stellte grundsätzlich fest, daß die Erziehungsberechtigten ohne Rücksicht auf Abstammung und Muttersprache zwischen Mehrheits- und Minderheitsschulen wählen können und daß der von der Wojewodschaft eingenommene Standpunkt, wonach alle Kinder mit polnischer Muttersprache vom Besuch der deutschen Minderheitsschule zurückzuweisen seien, rechtlich unhaltbar sei.

Für den Fall, daß die polnischen Behörden seine „Stellungnahme“ nicht annehmen sollten, erklärt er der Präsident für dringend notwendig, den Völkerbundsrat zu bitten, den ganzen Rechtsstreit in seiner nächsten Session zu entscheiden.

Der Mainzer Zwischenfall.

Die französischen Soldaten verhaftet.

Mainz, 30. Dezember. (W.Z.) Von zuständiger Stelle erfahren wir, daß nach Mitteilung des französischen Generals die beiden französischen Militärpersonen, die an dem Zwischenfall beteiligt gewesen sind, wegen Widersprüche in ihren Aussagen festgenommen worden sind.

Deutsche Kriegsgerichte hatten während der Besetzung Antwerpens die Zahlung bedeutender Schadenersatzsummen an die bei Kriegsausbruch durch den Böbel geschädigten deutschen und österreichischen Staatsangehörigen erzwungen. Das gemischte deutsch-belgische Schiedsgericht hat jetzt auf Antrag der Stadt Antwerpen entschieden, daß dieser Betrag, und zwar eine Gesamtsumme von einer Million Franken zurückgezahlt werden müsse. Deutschland hat für diese Summe 5 Proz. Zinsen seit dem 1. Oktober 1915 zu bezahlen und außerdem die Kosten des Verfahrens zu tragen.

Bayerns Ministerpräsident.

Redereisend von Freising bis Regensburg.

Von Edwin Saenger.

Der Herr Ministerpräsident des Freistaates Bayern beginnt in wilhelminischen Ausmaßen zu reden. Bald wird der satirische Zeitgenosse des Herrn Dr. Held einundeinhalb Stüdwerk der Rhetorik für den Einzeltag errechnen können. Der satirische Zeitgenosse; denn uns dünkt der Heldsche Drang zur Kosmos des Freistaates vornehmlich ein Beitrag zur Schöpfungsgeschichte jener Metamorphosen, die das Bayern von heute seiner inneren Werte berauben und in den Zirkus freis stellen.

Lassen wir die Dezemberrevue des Herrn Präsidenten im bayerischen Ministerrat „Von Freising bis Regensburg“ kurz die Kritik passieren. Wir beginnen mit Regensburg. Mit vollen Baden, war nicht staatsmännlich, wohl aber robust schmettert Herr Dr. Held in die Welt hinaus, mit der Sozialdemokratie sei keine Regierungskoalition möglich, bei der man mittun könne. Diejenigen, die grundsätzlich auf dem Boden der Gottesleugner und des Atheismus ständen, und diejenigen, welche die Grundsätze des positiven Christentums vertreten, könnten niemals Politik miteinander machen, weder wirtschaftlich noch sozialpolitisch.

Die Blamage folgte dieser parteipolitischen Rede auf dem Fuße. Die Fraktionsfreunde Dr. Helds im Reichstag, sein Freund, der Reichspostminister im Reichskabinett, sprachen sich einstimmig für Verhandlungen mit der „atheistischen“ Sozialdemokratie zwecks Schaffung einer Großen Koalition aus. Und dazu eine Erinnerung. Spätherbst 1919. Der „atheistische“ Ministerpräsident Hoffmann will aus dem Kabinett ausschließen. In einer kollegialen, offenen Aussprache im Gebäude des Bayerischen Landtags erklärt — Herr Dr. Held, dazu bestünde gar kein Anlaß. Die Koalition mit den Sozialdemokraten habe sich doch durchaus gewährt. Also bleibt der Atheist. War Dr. Held damals unehrlich? Schloß er aufs neue politische Gemeinschaft, um den anderen die Verantwortung zuzuschleudern? Die Frage zu bejahen, hieße den Ministerpräsidenten beleidigen. Das aber sei uns vollkommen fern. Dieses Gerede über den sozialdemokratischen „Boden der Gottesleugner und Atheisten“ ist im übrigen ein so allgemeines Feld, Wald, Wiesengerede, daß ein Ministerpräsident selbst als Parteipolitiker solche Platitüden meiden müßte. Der Freiheit der katholischen Kirche ist der schwarzweißrote furor protestantischer der bayerischen, kaisertreuen Koalitionsfreunde Dr. Helds etwas schädlicher als der sozialdemokratische Atheismus war und ist.

Im Schatten des Regensburger Domes bringt Herr Held es über sich, von Versuchen zu sprechen, „von Birich bis Loebe die Reichswehr in die Hand der Sozialdemokratie zu spielen“. Eine Beugung objektiver Wahrheit, wie sie hemungslos überhaupt nicht gedacht werden kann. Der bayerische Ministerpräsident weiß, daß von Birich bis Loebe lediglich verlangt wird, daß dem Standal der Fernhaltung überzeugter Anhänger der Republik und der Verfassung in der Reichswehr endlich ein Ende bereitet werden soll. Und der Mann, dessen engste politischen Freunde die Meuterei des Generals Lossow, diese politische Vergiftung der bayerischen Reichswehr, veranlaßt und sanktioniert haben, wagt die Behauptung, „in Bayern verlange man ein Militär, das mit der Politik nichts zu tun habe“.

In Freising erbringt der Herr Ministerpräsident einen neuerlichen Beweis, daß er die Sprache wilhelminischer Randbemerkungen vollkommen beherrscht. Wir bedauern, daran erinnern zu müssen, daß die Uebung persönlicher Invektiven Herrn Dr. Held im Bayerischen Landtag schon einmal den gesellschaftlichen Boykott einer angesehenen bürgerlichen Fraktion eintrug. Der damalige Redeezß blieb nicht vereinzelt. In Freising ließ die christliche Nächstenliebe den Ministerpräsidenten von seinen politischen Widersachern nun gar als „Mörteibuben“ sprechen. Man sieht, daß die Münchener Staatskunst die Sprache des Baugerüsts nicht verlehmt. Gerechtfertigt fügen wir hinzu, daß Herr Held seinen Gegnern jüngst im Landtag zurief, ob er wie „ein stummer Hund“ bei Angriffen dastehen soll. Im Sprachgebrauch Preußens und Bayern je zur Hälfte. Originell, auch populär, aber wohl nicht sehr klug. Doch wir wollen nur registrieren; Herr Held wird wissen, wie er am vorteilhaftesten, die von ihm oft und feierlich propagierte „Stärkung der Staatsautorität“ fördert.

Das „Auftrumpfen“ liegt offenbar den Zugewanderten noch besser als die Einheimischen. Der Kampf um den Finanzausgleich wird mit Pauken und Trompeten als ein „Kampf mit aller Energie und bis zu den äußersten Konsequenzen“ verkündet. Die Beispiele dieser letzten vier Jahre stehen keuchend vor den Augen. Die bayerischen Berge gebären nicht einmal eine Maus. Am nächsten Tage schon entblätterte Bayerns Ministerpräsident selbst seine Redebücher: er habe nur an den Ausritt der Bayerischen Volkspartei aus der Reichsregierung gedacht. Wie harmlos. Als Stachel blieb abermals ein böses Herabsehen des politischen Gegners: Der Ministerpräsident schalt das Eintreten des Nürnberger Oberbürgermeisters Luppe für den Einheitsstaat, ein legales, der Verfassung entsprechendes Ziel als Felonie, als Handlung eines gemeinen Verräters.

Oktober 1918. Im Bayerischen Landtag wollen die Demokraten in des Reiches schwerster Stunde ein gemeinschaftliches Treuebekenntnis aller Parteien zum Reichsgedanken veranlassen. Einer widerspricht mit der Begrün-

ding, man wisse ja gar nicht, ob das Reich zusammenhalten werde. Es war Herr Dr. Held. —

Das Wort von der Felonie gegenüber einem treuen und zuverlässigen Bürger der Republik spricht sich leicht in einem Freistaat aus, der noch vor kurzem in der Achtung vor dem Gesetz und Recht des Reiches so treulos war, wie das heute von Herrn Dr. Held regierte Land.

Biel Reden ist keine Kunst. Schwerer ist, sachlich bleiben in Erinnerung an eigenes Handeln. Herr Dr. Held kann sich nicht über mangelnde Vitalität auf der Seite seiner politischen Gegner beklagen. Statt seine Gegner mit Schmähdworten zu bekämpfen, sollte Bayerns Ministerpräsident sorgfältiger die eben veröffentlichte Kritik seines Parteiorgans, der „Mugsburger Postzeitung“ beherzigen: „Die Hitler-Bewegung wurde nicht nur toleriert, sondern vielfach von Parteimitgliedern gefördert, weil man glaubte, damit den nationalen Gedanken stärken und die Sozialdemokratische Partei schwächen zu können. In beiden Fällen war der „Erfolg“ für die innerpolitische Politik katastrophal.“ Dieser politische Erfolg kommt zum guten Teil gerade auf das Konto Herrn Dr. Helds. Die Bilanz jüngster, lebendiger Vergangenheit mühte ihn etwas bescheidener, etwas unparteiischer, etwas weniger wilhelminisch machen.

## Kommunisten unter sich.

Ruth Fischers Bericht aus Moskau.

Gestern früh wurde hier das wesentliche aus einem Bericht wiedergegeben, den die gestürzten Führer der K.P.D. über ihre Reise nach Moskau erstattet haben. Der Bericht ist gedruckt und trägt den Vermerk „Nur für Parteimitglieder.“ Eines der Exemplare ist in unsere Hände gelangt und wir haben geglaubt, seinen interessanten Inhalt der Öffentlichkeit nicht vorenthalten zu dürfen. Die „Rote Fahne“ zieht daraus den durch nichts gerechtfertigten Schluß, die gestürzten Führer seien „beim „Vorwärts“ gelandet“ und benützten diesen als ihr „Zentralorgan“.

In ihrem Bericht betonen die gestürzten Führer ihre Treue zum Kommunismus und zur kommunistischen Internationale. Sie bringen klar zum Ausdruck, daß sie die gegenwärtig im Kommunismus herrschende Richtung bekämpfen, weil sie ihnen nicht revolutionär genug ist. Die „Rote Fahne“ schreibt: „Ruth Fischer-Moslow offerieren sich der deutschen Bourgeoisie als die neue antibolschewistische Liga.“

Die gestürzten Führer begründen das Fernbleiben Maslows von Moskau mit der Gefahr, daß Maslow, der russischer Staatsbürger ist, in Moskau gewaltsam hätte zurückgehalten werden können. Sie begründen das mit Erfahrungen, die Ruth Fischer dort gemacht habe. Dazu bemerkt die „Rote Fahne“:

Unabhängig erklärte Ruth Fischer vor der Partei, daß sie Moskau nur verlassen habe, weil ihr Gesundheitszustand dies kategorisch verlangte. Nun plötzlich hat man sie gewaltsam zurückgehalten.

Hier liegt offenbar ein Widerspruch vor, der sich jedoch leicht erklären läßt. Solange Ruth Fischer der Partei angehörte, durfte sie über ihren Zwangsarrest in Moskau nicht die Wahrheit sagen. „Die moralische Qualifikation der Frau Ruth Fischer ist der deutschen Partei bekannt.“ schreibt die „Rote Fahne“. War ihre diese moralische Qualifikation noch nicht bekannt, als Frau Ruth Fischer die erste Beige in ihr spielte?

Moslow aber, der einst gefeierter Führer, dem ein kommunistischer Parteitag ein Huldigungstelegramm sandte, wird jetzt so behandelt:

Ruth Fischer und Maslow erklären, daß sie zur Sowjetregierung, die doch, da Maslow russischer Staatsangehöriger ist, allein maßgebend für die Erteilung von Visen und Pässen ist, nicht das geringste Vertrauen haben. Sie haben viel mehr Vertrauen

zur politischen Polizei der preussischen Regierung, die Maslow trotz seiner erfolgten Ausweisung nun schon mehrere Monate sorgsam behütet. Wir hoffen, daß die oppositionellen Arbeiter dieses offene Geständnis zur Kenntnis nehmen und entsprechend würdigen werden. Aber noch etwas anderes. Maslow ist russischer Staatsangehöriger. Trotzdem meidet er Sowjetrußland wie die Hölle. Es gibt zwei Sorten von Russen, denen die Sowjetunion ein Ort des Schreckens bedeutet. Das sind die weichen Emigranten monarchistischer und menschenfeindlicher Couleur, und jene Russen, die im Dienste ausländischer Regierungen ihre Spionagearbeit gegen die Sowjetunion betreiben. Wir überlassen es der neuen Antibolschewistischen Liga, in welche Kategorie sie Maslow einreihen will.

Das kostbare Geständnis, daß Rußland für die menschenfeindlichen, d. h. die sozialdemokratischen, Emigranten einen „Ort des Schreckens“ bedeutet, sei nur nebenbei festgehalten. Der „Roten Fahne“ genügt es nicht, den Revolutionär Maslow bei den „menschenfeindlichen Emigranten“ einzureihen. Sie verdächtigt ihn, im Dienste einer fremden Regierung als Spion gegen sein eigenes Vaterland zu arbeiten. Sie betreibt nach dem Muster der deutschen Nationalisten gegen einen Politiker, der ihr un bequem ist, Landesverratschelte.

Die Fäulnis der kommunistischen Partei stinkt zum Himmel. Es wäre wahrhaft Zeit, diesen Kadaver aus Gesundheitsgründen zu verscharren.

## Das Lüttwich-Urteil.

Wo bleiben die Gegenforderungen des Reichswehrministeriums?

Von juristischer Seite wird uns zu dem Lüttwich-Urteil geschrieben:

Lassen wir einmal ganz dahingestellt, ob der Anspruch der Herren Lüttwich und Bischoff auf ihr gesperrtes Gehalt formalrechtlich begründet ist, nehmen wir einmal an, es sei so; auch dann noch wäre die Verurteilung des Reichswehrministeriums zu vermeiden gewesen, vorausgesetzt freilich, daß das Reichswehrministerium den Prozeß richtig geführt hat. Es konnte ja gegen die Gehaltsforderung der Herren aufrechnen mit der Ersparnisforderung für den ungeheuren Schaden, der dem Reich durch Lüttwich und Bischoff entstanden ist. Wir vermögen diesen Schaden nicht zu spezifizieren, den Aufwand für die Putztruppen wie für die Putzschabweger; dem Reichswehrministerium wird es unschwer möglich sein. Hat das Reichswehrministerium die Aufrechnung geltend gemacht? Wird es wenigstens in der Berufungsinstanz (trotz § 529 Abs. 5 der Zivilprozessordnung) den Versuch machen, die Aufrechnung noch zur Geltung zu bringen?

Dazu ist zu bemerken, daß auch noch andere Leute an Lüttwich und Genossen Ersparnisforderungen stellen könnten, die die Pensionen dieser Herren glatt auffressen würden. Aber würden diese anderen vor deutschen Gerichten ihr Recht finden?

## „Grundsätze“ der Reichsjustiz.

Warum die Amnestierung Rau's verweigert wird.

Vor einigen Tagen hat im „Vorwärts“ Genosse Landsherg die Ungeheuerlichkeit der Verurteilung des kommunistischen Redakteurs Rau durch den Staatsgerichtshof behandelt und die Notwendigkeit ausgesprochen, durch eine Amnestie derartige sonst nicht auszulöschende Fehlurteile zu beseitigen.

Dazu läßt jetzt das Reichsjustizministerium erklären, daß die Ablehnung der Begnadigung mit seinem Einverständnis erfolgt sei. Als Grund für die Ablehnung gibt es an, daß Rau sich der Strafvollstreckung durch die Flucht entzogen habe. In solchen Fällen komme grundsätzlich eine Begnadigung nicht in Frage.

Es ist merkwürdig, daß sich solche „Grundsätze“ immer

dann einstellen, wenn es sich um linksgerichtete Personen handelt. Die Lüttwich, Bischoff und ihre Trabanten hatten sich jahrelang der Verfolgung „durch die Flucht entzogen“. Sie sind trotzdem amnestiert und haben die Genugtuung, daß ihnen ein deutsches Gericht nachträglich noch Gehalt und Pension zuspricht.

Ueberhaupt handelt es sich nicht um eine „Begnadigung“ im landläufigen Sinne, sondern um die Notwendigkeit, die blassen Kommunistenprozesse durch eine Reichsamnestie auszulöschen. Da das Reichsjustizministerium sich so schwerhörig stellt, machen wir auf diesen Unterschied ausdrücklich aufmerksam.

Die „Liga für Menschenrechte“ hat sich, wie sie mittelst, neuerdings direkt an den Reichspräsidenten gewandt, um ihm die Notwendigkeit einer Amnestie im inner- und außenpolitischen Interesse dringend nahelegen. Wir hoffen, daß das Reichsjustizministerium dem Reichspräsidenten ebenso dringend empfiehlt, durch die Tendenzurteile einen dicken Strich zu machen, die für wirkliche oder vermeintliche, aus dem Krisenjahr 1923 stammende Straftaten ergangen sind.

## Beschimpfung der Republik —

kostet 100 Reichsmark!

Regensburg, 29. Dezember. (W.B.) Wegen Vergehens gegen das Republiksschutzgesetz hatten sich der Redakteur Sandel vom „Abensberger Wochenblatt“ und der Vorstand des Rentnervereins Abensberg, Streng, vor dem Schwurgericht Regensburg zu verantworten. Streng hatte im Juli dieses Jahres einen Aufruf an die Kleinrentner und Sparrer verfaßt, der bezweckte, Anhänger für den Gedanken der Beseitigung der gegenwärtigen Aufwertungsgelegenheit zu gewinnen. In diesem Aufruf, den er in das „Abensberger Wochenblatt“ einrücken ließ, bezeichnete er das Reich als eine „deutsche Juden- und Schieberrepublik“, Redakteur Sandel rechtfertigte sich damit, daß er an jenem Tage, an dem der Aufruf veröffentlicht wurde, von Abensberg abwesend war. Sandel wurde daher freigesprochen, dagegen verurteilte das Gericht Streng wegen Beschimpfung der verfassungsmäßigen republikanischen Staatsform zu 100 M. Geldstrafe.

## Der schimpfende Rektor.

Wegen Beleidigung des Reichspräsidenten diszipliniert

Bielefeld, 30. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Wegen Beleidigung des Reichspräsidenten Ebert war der Rektor Bohnkamp aus Minden von der Strafkammer des Landgerichts zu 500 M. Geldstrafe verurteilt worden, nachdem vorher das Schöffengericht Minden den Angeklagten befremdlicherweise freigesprochen hatte. Bohnkamp, der wegen seiner reaktionären Gesinnung bekannt ist, hatte beim Unterricht in der Fortbildungsschule bei der Erörterung über die Verfassung über den Reichspräsidenten Ebert und seine Gattin beleidigende Witze gemacht und behauptet, daß der Reichspräsident gelegentlich einer Fahrt im Speisewagen nicht mit Messer und Gabel umzugehen verstanden, und daß seine Gattin „mir“ und „mich“ verwechselt habe. Dies könne man aber einem früheren Sattler nicht übernehmen. Das Disziplinarverfahren in dieser Angelegenheit ließ weiter und fand jetzt vor einem von der Regierung in Minden eingesetzten Disziplinargericht seine Erledigung. Der Angeklagte wurde zwar schuldig befunden, aber zu nur 100 M. Geldstrafe verurteilt.

Als Stellvertreter des Regierungspräsidenten in Köln ist, wie der Vertreter des „Soz. Presseklub“ erfährt, der frühere Landrat von Harnack in Aussicht genommen. Harnack ist ein Sohn des bekannten Theologen der Berliner Universität und gehört seit einer Reihe von Jahren der Sozialdemokratischen Partei an. Harnack war Mitarbeiter von Konrad Haenisch im Kultusministerium, später Landrat in Hersfeld und ist gegenwärtig als Regierungsvizepräsident bei der Regierung in Hannover tätig.

## Der goldene Berg.

Von Erich Funke.

Seit Peter Langhammer im Krankenhause lag und viel Zeit hatte zum Grübeln, war es ihm so recht klar geworden, daß es ihm immer herzlich schlecht gegangen war. Nie nach hatte er es so deutlich gefühlt wie gerade jetzt, da seine Kraft erlahmt war und er dem Ende entgegenging. Er wußte es auch selbst genau: Lange würde es nun nicht mehr dauern! Sein ganzes Dasein ließ er im Geiste noch einmal langsam an sich vorüberziehen: Seine Eltern hatten sich ihr Leben lang bemüht, zu etwas zu kommen, um ihre letzten Jahre sorglos verbringen zu können. Aber arme Leute — Arbeitsteute — sind nie auf Rosen gebettet gewesen. Und so ist es auch ihnen nie gelungen, dieses einzige Ziel zu erreichen. Nun schliefen sie längst schon unter dem Rasen und er, Peter Langhammer, war selbst schon ein alter Mann geworden, erschöpft, verbraucht, dem Tode verfallen. Er konnte sich noch genau erinnern, wie er das erstmalig auf Arbeit ging — in die Spinnerei. Später trat er als Arbeiter in die chemische Fabrik ein, die er nun schon seit geraumer Zeit wieder verlassen hatte. Der Husten und das Fieber hatten ihn niedergeworfen. Fast erschien es ihm selber unverständlich, wie er sein Leben, sein langes Dasein so schnell überfliegen konnte. Er fand aber auch wirklich nur drei Punkte, die sein Leben bestimmt hatten: Sein Eintritt in die Fabrik — Arbeit — sein Ausscheiden durch die Krankheit! Alles, was dazwischen lag, bestand aus dem ewig gleichen, aus Sorge, Not und Glend. Wenn er jetzt noch einmal und immer wieder darüber nachdachte, was bisher für ihn Leben war, so kam er zu der traurigen Einsicht, daß es unmöglich war, zu enträufeln, warum er überhaupt die lange Zeit auf der Erde wandelte. Sein Leben war nicht einen Heller wert gewesen, seine Arbeit — ja, seine Arbeit war wohl etwas wert gewesen sein, für andere! Peter Langhammer war stumpf und teilnahmslos geworden in den Jahren vorher, aber jetzt, da er so einsam und hilflos dalag, jetzt glom es auf in ihm, etwas, was er bisher nicht gekannt hatte. Es regte sich ein weiches Gefühl, ein Bedauern seiner selbst. Ein kindliches Schluchzen löste sich aus seiner Brust. Seine Augen fielen langsam zu und unter den Lidern hervor quollen bittere Tränen. . . . Dann führte ihn ein wohlthuender Schlaf hinweg, weit hinweg. . . .

In einer langen, langen Allee, von Palmen umfaunt, fand Peter sich wieder. Ganz hinten, in endloser Ferne, so schien es, glitzerte und funkelte es wie im Märchenreich. Golden brach die Sonne durch das Morgenrot. Eine feierliche Stille lag über dem Ganzen und er — Peter Langhammer — stand allein in all dieser Pracht! Lauter wollte er einen Schritt zu tun. Ihm war so wohl und leicht zumute, daß er hätte laut aufjubeln mögen. Aber das hätte wohl entbehrlich gewirkt. So schritt er schweigend aus und wanderte

die stille Straße für sich. Er merkte kaum, wie schnell er sich bewegte, so leicht war kein Schritt. Plötzlich sah er die Pracht eines golden leuchtenden Berges ganz nahe vor sich. Da ruhte er einen Augenblick und stieß einen Seufzer aus, so hell und freudig, wie er es noch nie getan und auch noch niemals gehört hatte. Und wie er so stand und lauschte, fiel sein Blick an den Wegesrand, wo sich an einer Stelle drei große, schwarze Kreuze erhoben. Er konnte es nicht verstehen, daß in diesem Ganz solche Zeichen der Trauer seinem Bilde begegnen konnten. Bangsam trat er näher. Aber wie erstaunte er, als ihm die Inschriften sichtbar wurden: „Not“ — „Sorge“ — „Glend“. Da erblickten sich keine Züge wieder. Also hier, am Wegesende, lagen sie endlich begraben, die Gefährten der Armut, die garstigen Gesellen! Drei armte er auf und stürmte vorwärts. Nur ein Drang hatte Raum in ihm: Weiter — weiter! Beinahe hätte er ganz übersehen, daß er vor einer großen, weiten Florie stand. In glühend roter Flammenschrift; unzug ein Wort die riesenhafte Ueberwölbung des mächtigen Torres: Menschheitsverbrüderung. Unwiderstehlich trieb es ihn vorwärts in die maßlos helle, lichte Unendlichkeit, aus der sich groß und herrlich der goldene Berg aufredte in die Morgenfonne.

Rebbliggrau pockte der Morgen an die Fensterscheiben des Krankenhauses. Der Wind piff leise durch die Baumwipfel und die bunten Blätter fließen. . . . eins nach dem andern. „Wie im Krankenhause“, dachte die Pflegerin und trat in den Saal mit den vielen Betten. In jedem Schmerzenslager blieb sie einen Augenblick stehen, um die Wünsche der Kranken zu hören. So kam sie auch zu Peters Bett. . . .

Aber Peter Langhammer hatte keinen Wunsch mehr.

Doccis „Zauberzeuge“. In der Sezession am Kurfürstendam fälltert augenblicklich Paul Braun mit seinem Marionettentheater Münchener Künstler. Nach dem Krippenspiel gibt er jetzt Doccis „Zauberzeuge“, ein Stück also, das direkt für die Marionettenbühne geschrieben worden ist. Braun sollte aber nicht in dies harmlos hübsche Märchenpiel zeitgemäße Stoffe einstreuen, das schadet dem Stil des Ganzen. Manches geht auch in Darstellung und Dekoration über das Marionettenhafte hinaus. Braun schwankt zwischen Realismus und Groteske. Mehr Groteske und mehr Wit würden aber der Aufführung nur Nutzen bringen. Manchmal werden die Bewegungen der Puppen etwas fahrig, der König der Kupfergeister etwa tubert zu viel mit den Händen in der Luft herum. Daneben steht Ausgezeichnetes. Glänzend ist der Hofstaat des Grafen Richard, hier besteht vollkommene Einheit zwischen den Bewegungen und dem Ausdruck der Puppen. Ueberhaupt sind diese Puppen ausgezeichnet ausgeführt und tollmüht. Die farbliche Abstimmung der Puppen auf die Dekoration zeigt feinen, naturistischen Sinn. Doch die Einfachheit des alten Märchenstils ist auch hier bei Braun verlorengegangen und er bringt auch nichts Neues wie die Passler: trotzdem unterhält man sich gut und lächelt vergnügt über diese hübschen Dinge.

Entdeckungen an der Berliner Klosterkirche. Am schönsten mittelalterlichen Bau Berlins, an der frühgotischen Kirche der Franziskaner in der Klosterstraße sind Instandsetzungsarbeiten im Gange, da das Gebäude stark zu verfallen drohte. Die Ausschachtungen bet den tief in der Erde stehenden Chor — der Boden hat sich hier sehr gehoben — ergaben wichtige Funde. Man entdeckte außer der Klostermauer ein ganzes Stück von der Berliner Stadtmauer des Mittelalters, einem selbststeinernen Bauwerk. Es handelt sich offenbar um die Ringmauer, die die ostfälischen Markgrafen Johannes und Otto 1247 errichteten. Man sieht aus dem Grabungsbericht, daß ein Stück Mauer abgetragen werden mußte, als 1290 der Bau der Kirche begann. Daneben fand sich aber noch ein anderes Mauerstück aus Feldsteinen, von dem man vorläufig nicht weiß, wozu es gehörte. Und schließlich wurde ein gotischer Anbau nördlich am Chor der Klosterkirche freigelegt. Auch hier ist noch nicht klar, was es für eine Bemannung mit diesem Gebäudeteil hat. Er scheint 1786 einem Umbau an der Klosterkirche zum Opfer gefallen zu sein. Die Ergebnisse der Grabungen, in denen Beginn man erst steht, sind für die Berliner Baugeschichte jedenfalls sehr wichtig, und es wurde daher die Anordnung getroffen, daß bei den weiteren Ausschachtungsarbeiten ständig photographische und zeichnerische Aufnahmen gemacht werden.

Verletzung des Bremer Schauspielpreises. Der vom Goethe-Bund, Bremen, in Verbindung mit dem Bremer Schauspielhaus im April d. J. ausgeschriebene Schauspielpreis ist am 29. Dezember verteilt worden. Eingereicht waren 1080 Bühnenwerke. Das Preisgericht kam zu der Ueberzeugung, daß keinem der eingereichten Stücke der volle Preis zuerkannt werden konnte. Statt dessen sind von der verfügbaren Summe zwei Preise von je 1000 M. verteilt worden, und zwar für die beiden Einakter „Saul und Alfkestis“ von Alexander Vernet-Holtenia, Klagenfurt, und für „Dornenweg, dramatische Szenen aus der russischen Revolution“ an M. Lewadin, Berlin. Ferner sind drei Preise zu je 500 M. verteilt worden, für die Komödie „Daintek“ an Peter Baum, für das Drama „Toni“ an Gina Klaus und für das Kammerstück „Das Band im Rücken“ an Herbert Scheffler.

Die Bananen-Kirche. Die Krypta der Londoner Dreifaltigkeitskirche ist an einen Obstgroßhändler vermietet worden, der dort ein Bananenslager eingerichtet hat. Mit einem zu diesem Zweck erbauten Heizungsapparat werden hier die Bananen, die aus Liberia grün einreifen, künstlich zum Reifen gebracht. Die Verwaltung der Kirche erklärt, sie verfolge für die Erhaltung des Gebäudes und für die Armen des Kirchenprengels nur über sehr geringe Einkünfte und sei daher auf die Einnahme aus der Vermietung angewiesen.

Das Berliner Sinfonie-Orchester veranstaltet unter Leitung von Emil Pöhlke am 1. und 2. Januar, abends 8 Uhr, im Sinfonie-Saal, Konzerte. Solist des ersten Abends ist R. Lambina (Violine), Solist des zweiten Abends Ernst Knobel (Klarinette).

Im neuen Theater am Zoo beginnt die Silvesterfeier „Ninon am Schloßberg“ um 8 Uhr.

An der Akademie der Wissenschaften in Leningrad wird jetzt ein Forschungsinstitut für Subbäktus errichtet. Es soll aus vier Abteilungen bestehen, einer japanischen, chinesischen, indischen und mongolischen.

## Landesverteidigung und Abrüstung. Coolidge redet vom Frieden.

Ende Dezember 1776 überfiel Washington, der Führer der amerikanischen Unabhängigen, die zwischen New York und Philadelphia liegende Stadt Trenton am Delawarefluß und nahm die 1300 Mann englischer Kolonialtruppen — es waren meist von ihren deutschen Landesherren verkaufte Hesse — gefangen. Die 150. Wiederkehr dieses siegreichen Kampfes wurde gestern begangen. Der Präsident der Vereinigten Staaten Coolidge versammelte die Gouverneure der dreizehn Staaten, die ein halbes Jahr vor der Schlacht die Unabhängigkeitserklärung gegen England und 13 Jahre später die Gründung der Vereinigten Staaten beschlossen hatten, zu einem Festmahl um sich, um den endgültigen Verlust der Kolonie für England und den Anfang ihrer Selbständigkeit gebührend zu feiern.

Coolidge erklärte in seinem Rückblick: „Amerika ist heute ebenso wie damals fest entschlossen, Herr seines eigenen Schicksals und Richter seines eigenen Handelns zu sein.“ Nach dieser historischen Begründung für ihren Selbstbestimmungswillen wandte sich Coolidge zur zukünftigen Politik der Vereinigten Staaten:

Washington und die Patrioten seiner Tage wollten den Frieden, und wir wollen den Frieden auch. Sie mußten große Opfer bringen und auch wir können entsprechenden Opfern nicht entgehen, sei es zur Beschaffung einer ausreichenden Landesverteidigung, sei es durch internationale Verträge zur Beschränkung der Stärke unserer Militärmacht. Ich glaube nicht, daß wir die Friedenspolitik durch eine Rückkehr zum Beitritt fördern können. Obgleich ich für ein starkes Heer und für eine starke Marine eintrete, bin ich doch gegen jeden Versuch, die amerikanische Nation zu militarisieren. Wo immer diese Methode bis in ihre letzten Konsequenzen durchgeführt worden ist, hat sie sich stets als völliger Fehlschlag erwiesen. Wir können der Menschheit keinen besseren Dienst erweisen, als unseren ganzen Einfluß dahin aufzubieten, die Welt von einem Rückfall in dieses verheerende System abzuhalten. Die gegenseitigen internationalen Beziehungen sind viel zu sehr auf Furcht begründet. Die Nationen freuen sich der Tatsache, daß sie ihren Mut durch gegenseitiges Bekämpfen beweisen können. Wann wird die Zeit kommen, wo sie den Mut haben, einander zu vertrauen? Die Welt hat sich bemüht, Fortschritte in dieser Richtung zu machen, die alte Theorie des ausschließlichen Verfassens auf die Gewalt aufzugeben und sich mehr von der Vernunft leiten zu lassen. Wir sind in Gefahr, zu der alten Formel zurückzukehren. Wir können dem neuen Prinzip nicht Stellung verschaffen, wenn wir nicht zu operieren bereit sind und den Mut, zu unserer Überzeugung zu stehen, haben. Ich glaube, die Vereinigten Staaten sind stark und tapfer genug, um uns durch unser eigenes unabhängiges Vorgehen einer abermaligen Beherrschung der Welt durch den militärischen Geist zu widersehen.“

Erfüllt von dem Geiste der Mähen und ihren erhabenen Inspirationen scheint Coolidge die Landung seiner Truppen in Nicaragua vor wenigen Tagen ganz vergessen zu haben. Ganz Süd- und Mittelamerika wird spöttisch die Taten und die Phrasen der Vereinigten Staaten miteinander verglichen. Coolidge beklagt, daß die internationalen Beziehungen noch zu sehr auf gegenseitiger Furcht beruhen. Die amerikanischen Gewehre, Kanonen und Truppen in Nicaragua haben mehr Furcht und Mißtrauen verbreitet, als noch so schöne Redewendungen ihres Oberbefehlshaber wieder gestreuen können.

Die konservativen Truppen, zu deren Schutz die amerikanischen Truppen in Nicaragua gelandet wurden, sind vollständig geschlagen worden. Die Liberalen nahmen vierhundert von ihnen gefangen. Die neue liberale Regierung protestierte in Washington gegen die Intervention.

## Englands Chinapolitik und die Mächte.

London hofft auf ein Zusammengehen. — Die Kantonregierung lehnt ab. — Tschangtsolin Herr von Peking.

London, 30. Dezember. (CP.) Im Mittelpunkt des politischen Interesses steht immer noch die Wirkung des englischen Memorandum an China auf die übrigen Signatarmächte des Washingtoner Abkommens. Das Hauptinteresse aller Besprechungen konzentriert sich auf ein Zusammengehen zwischen Amerika und England auf der Basis des Memorandum, das der Kernpunkt für die weitere Entwicklung der Angelegenheit und der Haltung der übrigen Mächte sein müsse. Man erwartet in London eine offizielle Erklärung aus Washington und hofft, daß diese auf Japan und als Folge hiervon auch auf Frankreich einen gewissen Einfluß ausüben werde. Von Italien und Holland steht die Antwort noch aus. Im übrigen bemüht sich die englische Presse eifrig, den britischen Standpunkt gegenüber der französischen und anderweitigen Auffassungen zu erläutern.

Aus Hankow wird berichtet, daß die Kantonregierung es vorzuziehen sieht, abzulehnen wird, irgendwelche Verhandlungen auf der Basis des englischen Memorandum aufzunehmen. Sie verlangt vielmehr vollständige Zollautonomie sowie die Abschaffung einseitiger Verträge als Mindestforderung.

Tokio meldet, daß nach dort vorliegenden Nachrichten Tschangtsolin nach seiner Ankunft in Peking Aufenthalt in dem alten kaiserlichen Palast genommen hat und als Diktator austritt. In Tokio habe niemand das geringste Vertrauen zu Tschangtsolin, und die Mächte geben der Regierung den Rat, Vereinbarungen mit Wupeifu zu treffen.

## Das Militärregiment in Litauen.

Die vier Kommunisten doch hingerichtet.

Nach dem Todesurteil des Kriegsgerichts gegen vier Kommunisten hatte der Ministerpräsident Baldemars erklärt, er habe die Verurteilten begnadigt. Jetzt wird amtlich zugegeben, daß die Todesurteile vollstreckt wurden.

Entweder hat sich die Militärjustiz um den Gnadenakt des Ministerpräsidenten nicht gekümmert, oder dieser hat durch den Einspruch der Militärs den Gnadenakt zurückgezogen, wenn er überhaupt gewagt hat, ihn zu unterzeichnen. Schon die absolute Unsicherheit, mit der Baldemars über die Ausweisung der deutschen Redakteure in Memel sich äußerte, zeigte, wie sehr er sich in der Hand der Militärs fühlt. Dieser Vorfall zeigt von neuem, daß in Litauen sich die Militärdiktatur nur parlamentarisch verkleidet.

Zum Chef des Generalstabes des litauischen Armeekorps hat sich der Vorsitzende des Zentralausschusses der Schaula Sajunga, des Schützenverbandes, Oberst Dukantas, ernennen lassen.

Die italienische Regierung beabsichtigt, laut einer Mitteilung ihres Gesandten in den baltischen Staaten, in Romo eine eigene Gesandtschaft einzurichten. (1)

Keine australische Gesandtschaft in Amerika. Der von der Reichskonferenz über Amerika nach Australien zurückreisende Ministerpräsident Bruce erklärte, daß Australien keine eigene Gesandtschaft in Washington brauche, da es durch die britische Gesandtschaft ausgezeichnet vertreten sei.

# Neujahrs Geschenk für Berlin.

## Einheitsfahrtscheine für Straßenbahn, Hochbahn und Omnibus.

Die schon seit längerer Zeit geforderte und auch geplante Vereinheitlichung der Tarife der Berliner Verkehrsunternehmen wird nunmehr, wie wir in Besichtigung der von anderer Seite veröffentlichten Mitteilungen erfahren, zum neuen Jahre der Verwirklichung entgegengeführt werden. Die Forderung, für alle Berliner Verkehrsmittel, vorläufig mit Ausnahme der Stadt-, Ring- und Vorortbahn, einen einheitlichen Umsteigefahrtschein zu schaffen und auf diese Weise die Zersplitterung des Berliner Verkehrs zu beseitigen, ist nunmehr vom Berliner Magistrat aufgestellt worden, und der neue Verkehrsdezernent der Stadt Berlin, Stadtrat Genosse Reuter, hat eine Denkschrift ausgearbeitet, in der Vorschläge für die Organisation einer Verkehrsvereinsgesellschaft der Reichshauptstadt unterbreitet werden. Diese Denkschrift ist vor einigen Tagen den übrigen Mitgliedern des Magistrats zur vertraulichen Begutachtung überreicht worden. Falls sich das Magistratskollegium mit den Richtlinien einverstanden erklären wird, was kaum zu bezweifeln ist, soll der Plan bereits in der nächsten Woche in der Verkehrsdeputation eingehend erörtert werden. Die Vorarbeiten sollen nach Möglichkeit so gefördert werden, daß der Magistrat der Stadtverordnetenversammlung bereits zu ihrer ersten Sitzung im neuen Jahre, am 13. Januar, eine entsprechende Vorlage unterbreiten wird. Gleichzeitig mit der Schaffung eines Einheitsfahrtscheines für die Berliner Verkehrsunternehmen ist geplant, die nunmehr im Besitz der Stadt befindliche Straßenbahn, Hochbahn und Omnibusgesellschaft auch organisatorisch unter eine einheitliche Zentraleitung zusammenzufassen. Wir werden über diese Veränderungen im Berliner Verkehrswesen noch ausführlich berichten.

Von zuständiger Stelle wird zu diesen Nachrichten folgendes verbreitet: „Die von nichtamtlicher Stelle verbreiteten Meldungen über die zukünftige Tarifgestaltung der Verkehrsunternehmen sind verfrüht und unrichtig. Sie sind derzeit Gegenstand eingehender Beratungen der verschiedenen zuständigen städti-

## Kein Eisenbahnattentat!

### Falsche Gerüchte über einen D-Zug-Unfall.

Ein kleiner Unfall, der gestern abend den D-Zug Köln—Berlin betraf, war Anlaß zu Gerüchten über ein Eisenbahnattentat in der Nähe von Zehlendorf. Nach Ermittlungen der Polizei handelt es sich um folgendes:

An der Seehofbrücke zwischen Zehlendorf-Mitte und Zehlendorf-Ost in der Nähe des Bahnhofes Zehlendorf-West begegneten sich der Kölner D-Zug 31 und der Berliner Vorortzug 466, der nach Werder fährt. Eine Tür dieses Vorortzuges war ausgegangen, streifte den D-Zug und wurde abgerissen. In beiden Zügen wurden mehrere Fenster Scheiben zertrümmert. Einige Fahrgäste erlitten durch Glassplitter leichte Verletzungen. Es entstand das Gerücht, daß in verbrecherischer Absicht eine Schienenkarre auf die Gleise gestellt worden sei. Kriminalbeamte der Polizeidirektion Zehlendorf und Richterfeldt konnten sich erst heute morgen an Ort und Stelle begeben, weil die Kriminalpolizei gestern nicht benachrichtigt worden war. Die Untersuchungen, die sie an Ort und Stelle mit Beamten der Eisenbahnüberwachungsabteilung vornahmen, ergaben bereits, daß die Schienenkarre nicht zu einem Anschlag auf die Gleise gebracht, sondern von Eisenbahnarbeitern stehen gelassen worden war. Sie war bereits rechtzeitig von kontrollierenden Eisenbahnbeamten beiseite gebracht worden, so daß sie bei dem Vorfall gar nicht in Betracht kommt. Die Richterfelder Kriminalpolizei geht nach dem Gerücht nach, daß bereits vor einigen Tagen auf Richterfelder Gebiet eine Karre auf den Schienen gelegen habe. Nach allem, was bisher festgestellt werden konnte, ist von einem Attentat keine Rede.

## Dachstuhlbrand in Schöneberg.

Mehrere Löschzüge der Feuerwehr wurden heute vormittag gegen 11 Uhr nach der Schwabischen Str. 30 zu Schöneberg gerufen, wo ein Teil des Dachstuhles in Flammen stand. Das Feuer war aus noch unbekannter Ursache in der Waschküche zum Ausbruch gekommen, in der allerlei Gerümpel lagerte. Als der erste Löschzug eintraf, hatte das Feuer bereits auf den Dachstuhl übergegriffen. Ueber die völlig verquasinten Treppenhäuser konnten die Mannschaften nur mit Rauchschutzmasken verfahren nach oben vordringen. Es mußte aus mehreren Schlauchleitungen Wasser gegeben werden. Es gelang, das Feuer einzukreiseln und ein Uebergreifen auf die übrigen Teile des großen Eckhausdachstuhles zu verhindern. Die Aufräumungsarbeiten dauerten bis gegen 1/2 Uhr nachmittags.

## Das schüchternste Schneiderlein.

Neuse R. kam aus Rumänien nach Berlin, um sich hier in der Kunst der Zirkelarbeit zu vervollkommen. In seinem Paß stand zu lesen: Aufenthaltsverlaubnis für 40 Tage von der Grenzüberschreitung an gerechnet, jedoch nicht länger als bis zum 20. Oktober. Neuse überschritt die Grenze am 27. August. Am 19. Oktober begab er sich aufs Revier und bat um Aufenthaltsverlängerung, da er mit seinem Aufenthaltserlaubnis noch nicht fertig war. Er dachte bei sich: Wenn der Aufenthalt nicht länger als bis zum 20. Oktober währen darf, so genügt es, am 19. zur Polizei zu gehen und die Verlängerung zu erhalten. Der Polizeibeamte verstand aber besser Deutsch zu lesen als der kleine Neuse. Er rechnete nach und fand, daß die 40 Tage, vom 27. August gerechnet, bereits am 6. Oktober abgelaufen waren. So befiel er den Paß gleich da; Neuse erhielt aber einen Strafbefehl von 200 M. — 200 M. Bezahlen konnte er nicht, weil er das Geld dazu nicht hatte; nach Hause fahren konnte er nicht, weil er kein Ausreisegeld erhielt. Hier bleiben konnte er auch nicht, weil er kein Geld zum Unterhalt besaß. Er reichte deshalb eine Beschwerde dem Richter ein. Dieser war ein einsichtiger Mann. Er schickte Paß und Akten an das Fremdenamt, damit es die Angelegenheit überprüfe, den Strafbefehl aufhebe und Neuse das Ausreisegeld erteile, und erhielt beides ohne Bescheid zurück. Und so stand Neuse vor einigen Tagen von dem Amtsgericht Charlottenburg. Als Dolmetscher war der Zahnarzt Janfel B. erschienen, deutscher Staatsangehöriger und Kenner der rumänischen Sprache. Zwar mußte er den Eid leisten, doch er getreulich alles übersehen würde, was Neuse ihm auf Rumänisch sagen und der Richter den Angeklagten fragen würde. In Wirklichkeit verteidigte er aber seinen Klienten mit so großer Redegewandtheit, daß weder der Richter noch Neuse überhaupt zu Worte kommen konnten (Man kann wohl sagen: wenn dieser Zahnarzt ebenso gut seine Zahnkranken behandelt, wie er in diesem Falle den Verteidiger spielte, so dürften seine Patienten mit ihm wohl zufrieden sein.) Mit einem Wort, er machte keine Sache so gut, daß die Strafe auf 10 M. herabgemindert wurde. — Die Geschichte wäre sehr lustig, wenn sie nicht auch einen bedenklichen Hintergrund aufwiese: War es wirklich loyal empfindend, ein armes Schneiderlein mit einem Strafmandat von 200 M. zu belassen; hätte es dem Fremdenamt nicht ohne weiteres einzuwenden müssen, daß dieser in der deutschen Sprache und im Großstadtleben gleich schlecht bewanderte junge Mensch einfach seinen Paß falsch gelesen hatte?

schen Stellen. Das Ergebnis hierüber wird zur gegebenen Zeit mitgeteilt werden.“

## Einschränkung der Neujahrsgeleider!

Eine Sitte, die in unsere Zeit nicht mehr gut hinein paßt, ist die Einforderung von Neujahrsgeleider. Sie war jahrzehntlang zu einer umfangreichen Bettelei und deshalb zu einer argen Belästigung aller Personen, denen man mit sanftem Druck Geld abnehmen wollte, ausgeartet. Gewisse Kreise fanden sich sogar schon mehrere Tage vor Neujahr ein, um Geld für eine vernünftige Silvesterfeier einzubringen, und auch Schwindler machten sich das zunutze. Von der heruntergeleiterten Neujahrsgratulation wußte das Herz natürlich gar nichts. Dem Gratulanten war es ja so gleichgültig, wie es dem Angratulierten im neuen Jahre ergehe. Wenn nur klingende Münze dabei abfiel! Man gab nicht gern, aber man gab, um sich nicht in der Nachbarschaft berieseln zu lassen. Bis die Geber sich endlich doch zugewöhnten, und die Einstellung der wenigstens Einschränkung der Unsitte forderten. Jetzt sind auch die Neujahrer aus den Kreisen der Neujahrsgratulation gezogen worden. Die Berliner Müllabfuhr-Aktiengesellschaft hat ihrer Belegschaft das Einfordern von Neujahrsgeleider untersagt. Viele Hausportiers verzichten schon freiwillig auf das Ansprechen von Tür zu Tür, weil sie das Entwürdigende solcher Bettelei fühlen. Sie wissen ja auch, daß viele Kleinmieter, besonders die Erwerbslosen, nicht einmal die Miete bezahlen können und daher gewiß keine Ursache haben, Geld zu verschleudern. Wer seinem Hausreiniger eine Erkenntnistafel bezeugen will, kann es auch ohne die papierene Gratulation.

Etwas anders ist, wenigstens heutzutage noch, das Gratulieren der Zeitungsleser zu beurteilen. Sie sind in Bind und Wetter schon auf den Beinen, wenn die Großstadt noch in tiefem Schlafe liegt. Welche liebe Not haben sie oft, um in das verschlossene Haus hineinzugelangen und keine Zeit zu verlieren! Wie oft müssen sie vergebens anklopfen, um das Beugungsgeld zu erhalten! Und wie oft werden sie angeschaut, wenn die Zeitung nicht ganz pünktlich durch den Briefspalt gesteckt wird! Da kann man schon gern ein übriges tun und ein paar Groschen springen lassen. Hoffentlich kommt bald eine Zeit, in der es möglich ist, auch den Zeitungsträgern diesen Gang zu ersparen.

## Das Ende der ewigen Budelei.

### Einheitliche Ausführung von Straßenbauarbeiten.

Zur Versorgung Berlins liegen Hunderttausende von Kilometern an Rohrleitungen und Kabeln in den Straßen. Die Länge der Straßenbahngleise entspricht der Strecke von Königsberg bis Köln, die der Straßen selbst nahezu der dreifachen Strecke. Diese wenigen Angaben zeigen, welche Bedeutung gerade die Bauarbeiten in Straßen und auf Flächen haben, jene berühmte „Budelei“, die seit Jahren die Kritik der Einwohner und Passanten herausgefordert und zu vielen Missverständnissen in der Presse geführt hat. In der Nachkriegszeit häuften sich diese Arbeiten sowohl örtlich wie zeitlich in besonderem Maße, was seinen Grund darin hatte, daß in den Kriegsjahren alle Unterhaltungs-, Erneuerungs- und Erweiterungsarbeiten auf das äußerste eingeschränkt waren. Die finanziellen Schwierigkeiten der Inflation machten hierbei jedes planmäßige Arbeiten unmöglich. Nachdem die in der Kriegszeit unterlassenen Arbeiten jetzt zum größten Teil nachgeholt sind, sollen die Arbeiten auf und in der Straße wieder planmäßig zusammengefaßt werden. Jede unnütze Budelei soll aufhören. Es soll in Zukunft nicht mehr der Fall eintreten, daß, wenn z. B. die Gasversorgung die Straße hat aufzuheben und wieder in Ordnung bringen lassen, acht Tage später etwa die Reichspost kommt, die jedoch in Ordnung gebracht abermals aufreißt und lediglich in Unordnung befällt. Um derartige Vorkommnisse unmöglich zu machen, sind von der Straßenbauverwaltung „Grundzüge für die zeitlich einheitliche Ausführung von Bauarbeiten auf Straßenland“ erlassen worden. Danach müssen alle städtischen und außerstädtischen Verwaltungen bis zum 15. November jeden Jahres ihre im folgenden Rechnungsjahre vorgesehenen Arbeiten bei ihr anmelden. Die Bezirksstraßenbauverwaltungen stellen diese Arbeiten zu einheitlichen Jahresabteilungen zusammen, die ihrerseits von der zentralen Straßenbauverwaltung an den Bezirksgrenzen und mit Rücksicht auf den Verkehr in den Durchgangsstrecken in Uebereinstimmung gebracht werden. Alle Verwaltungen, wie Stadtentwässerung, Gas- und Wasser-, Elektrizitätswerke, Reichspost, Feuerwehr, Ratru-L. G. usw.) sind verpflichtet, nach diesem Gesamtsplan ihre Arbeiten vorzunehmen. Von dieser Maßnahme ist nicht nur eine schnellere und reibungslosere, sondern auch eine wirtschaftlichere Durchführung der Straßenbauarbeiten zu erwarten.

Warten wir ab, wie sich diese ausgezeichneten Grundzüge in der Praxis auswirken und bewähren werden.

## Der Hamburger Raubmörder in Berlin.

Vor einiger Zeit wurde in Hamburg ein Kaufmann Hamacher ermordet und beraubt. Zwei der Täter sitzen schon länger hinter Schloß und Riegel, der dritte betrug die beiden um die Beute, indem er in Hannover mit dem Koffer, der die geraubten Sachen enthielt, verschwand und nach Berlin fuhr. Dieser dritte Mann verkaufte in zwei Geschäften in der Friedrichstraße zwei der geraubten Ringe, bevor das Verbrechen hier noch bekannt war. Die fortgesetzten Ermittlungen der hiesigen Kriminalpolizei ergaben jetzt, daß er auch den dritten Ring, aus dem er die Steine herausgehoben hatte, in Berlin zu Geld gemacht hat, und zwar in einem kleinen Goldwarengeschäft in der Brunnengasse, auch schon am 30. November. Auch hier wies er sich mit Papieren auf den Namen des Ermordeten, auf denen er das Geburtsdatum gefälscht hatte, aus. Trotz aller Bemühungen ist es noch nicht gelungen, den Namen des Diebstahten festzustellen. In Hamburg hat er sich meistens „Peter“, aber auch „Eugen“ genannt. Unter diesen Namen ist er in homöopathischen Kreisen in Berlin aufgetreten. Seinen Familiennamen kennt aber auch hier niemand. Mitteilungen zur Enttarnung und Ergreifung des Verbrechers nimmt nach wie vor die Wordinspektion A im Zimmer 104 des Polizeipräsidiums entgegen.

## Wasser statt Syrit.

Vor einiger Zeit erschienen in Tages- und Fachzeitungen Chiffreinfemale, in denen neutraler Brantwein zum Preise von 3,60 Mark pro Liter angeboten wurde. Bei den Nachforschungen nach dem Ursprung dieser Anzeigen stellte die Zollabhandlungsstelle beim Zollgrenzkommissariat Berlin fest, daß der Lieferant als ein gewisser Emil Eichler, Königswusterhausen, Firmierte und angeblich Weine und Spirituosen ein gross lieferte. Der Name des Inhabers der Firma ist unbekannt. Die Firmenbogen enthielten Bankverbindungen, Postfachnummer und Ausweis Nr. 19 des Zollamtes Königswusterhausen. Die Offerten, welche die Firma abgab, waren kaufmännisch einwandfrei, doch hatte sie, wie von der Zollabhandlungsstelle festgestellt wurde, die Absicht, nicht Spirit, sondern Wasser zu liefern. Der Firmeninhaber bestellte bei einer Fabrik eine größere Anzahl Fässer, welche etwa 1 Meter lang Blechdröhen in der Stärke des Fasspandes von 6 1/2 Zentimeter enthielten. Dem Fassfabrikanten erklärte er, es handle sich um ein patentiertes Verfahren zur Vermeidung von Ungeziefer. Als der Firmeninhaber merkte, daß die Zollabhandlungsstelle Wind von seinen Betrugsbahnen habe, suchte er das Weite, und die Beamten fanden das Rest leer.

## Der Lohnkampf in der Textilindustrie.

**Schiedspruch für Mittel- und Westfalen verbindlich.**  
 Gestern fanden die Einigungsverhandlungen über den Schiedspruch in Mittel- und Westfalen statt. Diese Verhandlungen waren infolge des Antrags der Gewerkschaften auf Verbindlichkeitserklärung notwendig geworden. Die Verhandlungen waren nur von kurzer Dauer, da die Unternehmer grundsätzlich eine Zustimmung zu dem Schiedspruch ablehnten, wohl in der Voraussetzung, daß der Reichsarbeitsminister den Schiedspruch für verbindlich erklären würde. Diese Verbindlichkeitserklärung ist heute erfolgt. Andererseits hat der Reichsarbeitsminister den Antrag auf Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches für die Lausitzer Tuchweberei abgelehnt. Es müssen also neue Verhandlungen stattfinden.

## Der Konflikt im Münsterland.

**30 000 Arbeiter in der Bewegung.**

Münster, 30. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der Arbeitgeherverband der münsterländischen Textilindustrie hat die Forderung der Gewerkschaften abgelehnt und zum 31. Dezember bereits Lohnföhrungen angekündigt. In einigen Betrieben wurde der Belegschaft sogar gekündigt. Die Gewerkschaften beharren auf ihrer Forderung einer Löhnerhöhung von 15 Proz., so daß ernste Konflikte zu befürchten sind. Am kommenden Dienstag finden Verhandlungen vor dem Schlichter statt. Das Tarifvertragsgebiet umfaßt 30 000 Textilarbeiter.

## Die Schuhfabrikarbeiter kampfschlossen.

**Gegen Überstunden — für das Notgesetz.**

Eine ausbelebte Funktionärerversammlung des Zentralverbandes der Schuhmacher am Dienstag, den 28. Dezember, in den Andreasfestspielen nahm Stellung zu der von den Unternehmern der Schuhindustrie angekündigten Generalausperrung.

Auf Grund einer Rundfrage ist festgestellt worden, daß in der Mehrzahl der Berliner Betriebe die Kündigungen zum 8. Januar 1927 erfolgt sind. Die Funktionäre brachten in der anschließenden Diskussion die Stimmung ihrer Belegschaften dahin zum Ausdruck, daß die Kollegen der angekündigten Ausperrung mit Ruhe und entschlossenem Kampfesmut entgegensteht und wird den ihr aufgewungenen Kampf mit Energie zu führen wissen. Die Arbeiterschaft der Schuhindustrie erwartet von den Arbeitern der übrigen Industriezweigen die notwendige Unterstützung.

Die Versammlung stellt an den Beitritt das Verlangen, jeden neuen Schiedspruch, der ungünstiger ist als der am 16. Dezember gefällte, abzulehnen und den Kampf im ganzen Reich aufzunehmen.

Im zweiten Tagesordnungspunkt wendet sich die Versammlung gegen das Überstundenwesen und tritt ein für den vom ADBB dem Reichstag eingereichten Arbeitszeitnotgesetzentwurf als sofort zu bewilligende Forderung in der Arbeitszeitfrage. Die Versammlung verlangt vom ADBB, als nächstes Kampfziel die Forderung der 42-Stunden-Woche aufzustellen.

## Die „hohen“ Löhne der Schuharbeiter.

**Ausbeutungsmethoden der Schuhfabrik S. Carisch.**

Die Schuhfabrik S. Carisch, Berlin, Rungestr. 22/24, versteht es in ausgezeichneter Weise, ihre Arbeiter auszubeuten. Schon einmal, im Mai 1925, wurde die Öffentlichkeit auf die elenden Lohnverhältnisse anlässlich des damaligen siebenwöchigen Streiks aufmerksam gemacht. Die Verluste, die die Firma in diesem langen Kampfe erlitten hatte, mußten nun wieder wettgemacht werden. Dazu waren alle Mittel recht.

Wiederholt meldete die Firma im Laufe des Jahres 1926 teilweise Stilllegung des Betriebes an, und beantragte Entlassungen größeren Umfangs vor Ablauf der vierwöchigen Sperrfrist vornehmen zu dürfen, was von der Demobilisierungsbehörde jeweils in weitem Maße genehmigt wurde, obwohl für jeden, der gehen wollte, klar sein mußte, daß die Entlassungen nur vorgenommen wurden, um den Reueinzustellenden die Löhne zu drücken.

Das hat die Firma reichlich ausgenützt und hat es fertig gebracht, daß ganze Abteilungen im Afford statt der tariflich festgelegten 78 $\frac{1}{2}$  Pfg. nur durchschnittlich 56 Pfg. pro Stunde in einem Zeitabschnitt der letzten 13 Wochen verdienen konnten. Wie ein Arbeiter mit seiner Familie damit leben soll, das kümmert die Firma nicht im mindesten.

Dieser Verdienst von 56 Pfg. pro Stunde war der Firma aber scheinbar noch zu hoch, denn am 28. Dezember verlangte sie von den drei Arbeitern einer Sparte Affordarbeiten zu Affordfähigen, die entgegen den vertraglichen Bestimmungen einseitig von der Firma diktiert waren. Da die Arbeiter auf Grund dieser Affordhöhe höchstens 40 Pfg. die Stunde verdienen hätten, lehnten sie diese Arbeit im Afford ab und verlangten den tariflichen Mindeststundenlohn von 70 Pfg. Darauf wurden alle drei wegen Arbeitsverweigerung entlassen!

Den Arbeitern und Arbeiterinnen der Firma Carisch rufen wir aber zu: Verlaßt euch nur auf eure eigene Stärke. Schließt euch zusammen in eurer Gewerkschaft, damit ihr in der Lage seid, eure Rechte selbst wahrzunehmen und diesen Frechheiten eines Carisch entgegenzutreten zu können. Ihr seid es nicht nur euch und euren Angehörigen, sondern auch der gesamten Kollegenchaft schuldig, daß ihr euch zusammenschließt, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen.

## Für die erwerbslose Jugend.

**Was in Berlin geschieht.**

Genosse Peters, Stadtrat im Bezirk Treptow, schreibt uns mit Bezugnahme auf unseren Artikel in der Morgenausgabe vom Dienstag, den 28. Dezember:

Tatsächlich wird in sämtlichen Bezirken der Stadt Berlin in derselben Art und Weise wie in Düsseldorf an der erwerbslosen Jugend gearbeitet. Noch bevor die Stadtverordnetenversammlung die hierfür erforderlichen Mittel bereitstellte, hat der Bezirk Treptow durch sein Jugendamt Maßnahmen für die erwerbslose Jugend ergriffen. In dem Heft vom Januar 1926 der „Kunstgemeinde“ des Bezirks Treptow wird in einem Artikel „Kulturpflicht gegenüber der erwerbslosen Jugend“ u. a. gesagt:

„In den grauen Tag der erwerbslosen Jugendlichen ein wenig Sonne, wirkliche Freude, Anregung zu geistigem Weiterstreben, Bedienung des edleren Selbst hineinzutragen, ist für die Jugendämter das Gebot der Stunde. Arbeitslosen Jugendlichen sollen hinfort in langen Vormittagstunden schöne, warme Jugendheimräume offengehalten werden. Vorträge, Reklamationsveranstaltungen heiteren und satirischen Inhalts, Lichtbildvorführungen, ein Schachlehrgang und Nähereikurse, Führungen, Kulturfilmvorführungen, eine Jugendbücherei und anderes mehr sollen Erkenntnis, Anregung und Freude vermitteln. Die Jugend selbst ist aufgerufen, am weiteren Ausbau der Veranstaltungen und Zusammenkünfte zu ihrem Teil mitzuwirken. In so tätiger Miteinanderschaffen zwischen Jugendlichen und Jugendamt wird auch letztes Mißtrauen und Scheu verschwinden.“

Das Jugendamt hat dann auch sofort sämtliche Jugendheime geöffnet und die Sportplätze den erwerbslosen Jugendlichen zur Verfügung gestellt, sie auch durch besonders hergerichtete Essen gespeist. Seit dem Oktober 1926 werden die erwerbslosen Jugendlichen in Kursen vereint, und zwar bestehen Tischler-, Schuhmacher-, Schneider-, Deutsch- und Stenographiekurse. Die Einrichtung von kaufmännischen Kursen empfiehlt sich nicht, und zwar mit Rücksicht auf die Überfüllung des kaufmännischen Berufs und der infolge der Rationalisierung im Bureauwesen immer geringer werdenden notwendigen Zahl der kaufmännischen Angestellten. Die Beteiligung an den Kursen beruht allerdings auf Freiwilligkeit, die Jugendlichen leisten aber mit großem Interesse die Arbeit.

Auch andere Bezirke Groß-Berlins sind in ähnlicher Weise vorgegangen. Eine Zusammenfassung der Arbeit der verschiedenen Bezirksjugendämter existiert noch nicht.

Soweit die Zuschrift. Daß man auch in Berlin sich redlich Mühe gibt, die erwerbslose Jugend zu betreuen und daß einzelne

Bezirke in diesem Punkte sich besonders auszeichnen, ist uns bekannt. Genosse Peters weist aber selbst darauf hin, daß weder eine Zusammenfassung der Arbeit der Bezirksjugendämter, noch eine Pflichtaneignahme der Jugendlichen besteht. Und auf diese wesentlichen Voraussetzungen einer erfolgreichen Betreuung der gefährdeten erwerbslosen Jugend haben wir hingewiesen.

## Einheitskomitee — Einheitskomödie.

**Wann in der „Roten Fahne“ die Wahrheit steht.**

Es kommt nämlich vor, daß auch in der „Roten Fahne“ über Dinge, die die Arbeiterbewegung betreffen, die Wahrheit zu finden ist. Dann ist es allerdings gewiß ein Irrtum. Oder ein Druckfehler.

Einen solchen hübschen Druckfehler leistete sich die „Rote Fahne“ in der heutigen Morgenausgabe. Er ist am Schluß eines Artikels zu finden, der die Ueberschrift trägt: „Für die Wahrheit über Sowjetrußland! Für die internationale Gewerkschaftseinheit!“ Es werden da allerlei Klageklagen angeführt über die Schwierigkeiten, die der Berichterstattung der sogenannten Rußlanddelegation entgegengestellt werden. Dann heißt es zum Schluß:

„Die Referentenvermittlung erfolgt durch die Einheitskomödie der Bezirke.“

Wie man sieht, ist also auch in der „Roten Fahne“ manchmal die Wahrheit zu finden. Allerdings ist sie dann eine unfreiwillige.

## Lohnbewegung der Töpfer.

In einer überfüllten Beratsammlung der Töpfer am Mittwoch in den Residenzfestspielen berichtete Genosse Kemnitz vom Baugewerksbund über den Stand der Lohn- und Affordtarifverhandlungen.

Der Baugewerksbund hatte befehlend der Groß-Berliner Töpferinnung zum 31. Dezember beide Tarife gekündigt und eine Erhöhung des Affordberechnungssatzes sowie die Verbesserung einer Anzahl von Bestimmungen des Tarifvertrages gefordert. Die Unternehmer kündigten ebenfalls die Tarife. Sie verlangten eine Herabsetzung des Lohnes um 15 Pfg. pro Stunde, der Affordpreise um 15 Proz. sowie die Verschlechterung einer Anzahl Bestimmungen des Affordtarifes.

In den Verhandlungen erklärte die Verhandlungskommission der Töpfer gleich vorne, über die Abänderungsanträge der Unternehmer zum Affordtarif nicht eher zu verhandeln, bis die Unternehmer ihre Forderung auf Lohnabbau zurückziehen. Die Unternehmer wollten dem nur nachkommen, wenn auch die Verhandlungskommission der Arbeiter ihre Forderung auf Erhöhung der Affordpreise zurückziehen würde, was jedoch entschieden abgelehnt wurde. Nach längerem Verhandeln gaben die Unternehmer schließlich die bindende Erklärung ab, daß sie sich mit einer vorläufigen Verlängerung des Lohn- und des Affordtarifes bis zum 31. Januar 1927 einverstanden erklären und daß bis zu diesem Termin die Verhandlungen über den Neuabschluss der Tarife erledigt sein müssen.

Es wurde weiter vereinbart, daß bis zum 31. Januar keine weiteren Abzüge vorgenommen werden dürfen und daß auch bei den Verhandlungen über einen Lohnabbau nicht gesprochen werden darf.

Die Versammlung billigte fast einstimmig die von der Verhandlungskommission getroffene Vereinbarung und gab ihr unbedingte Vollmacht zu den weiteren Verhandlungen.

Verantwortlich für Politik: Dr. Gust Seget; Wirtschaft: G. Klingebiel; Gewerkschaftsbewegung: G. Stricker; Kunst: A. G. Schöler; Schulen und Sport: Fritz Kersch; Angelegenheiten: E. G. Schmidt in Berlin; Berlin: Fortwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin; Große: Fortwärts-Buchhandlung und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW 60, Lindenstraße 3.

**ZÄHNE** mit Kautschukplatte 1 u. 2 Mark, ohne Gaumen, Brücken von 5 Mark. — Teilzahlung gestattet. 3 Jahre weitgehende Garantie. Zahziehen bei Bestellung gratis.  
**Hatvani** Danziger Straße 1 — Zimmerstraße 86  
 Luisenstr. 27 / Charibg., Schlüterstr. 73

**Grünfeld**  
 LEIPZIGER STR. 20/22

Wegen Inventur-Aufnahme  
 Freitag geschlossen!

Landeshuter Leinen- u. Gebildweberei  
 Grösstes Sonderhaus für Leinen u. Wäsche

**Inventur-**  
**Ausverkauf** Beginn: 3. Januar

**Braustübl**

Belle-Alliance-Platz 6a  
 Inh. Richard Sprang

Große  
**Silvesterfeier**

**Bötzow-Ausschank**  
 Kalte und warme Speisen bei  
 äußerst soliden Preisen

Altes  
 Spezialgeschäft  
 in  
 Kamelhaar-  
 Schlaf-  
 Kissen-  
 Betten  
 Strickjaden  
 Tricotagen  
 Strümpfen  
 Sties  
 für  
 Billigk. Tagrepp.  
**Gebrüder  
 Pfäume,**  
 Berlin SW,  
 Friedrichstr. 205  
 Ecke Hammerstr.

**Volksfilmbühne**  
 Neukölln, Bergstr. 147

Von Mittwoch, den 29. Dezember, bis Sonntag,  
 den 2. Januar 1927 einschließlich:

**Licht im Osten**  
 6 Akte. Ein Zeitdokument  
 über die Wahrheit in China

**Jeremias Crainquebille**

Eine Geschichte seiner Leiden und Freuden,  
 nach dem gleichnamigen Roman  
 von Anatole France

**Jugendliche haben Zutritt**

Beginn der Vorstellungen:  
 Wochentags 7 und 9 Uhr, an Sonn- und  
 Feiertagen 5, 7 und 9 Uhr

Verantwortliche Leitung: Arbeiter-Film-Genossenschaft



Qualitäts-, Rabat-  
 u. Reklamemarken  
 gegen Nachzahlung  
 gesetzl. versch.  
 seit 48 Jahren  
 als Spezialität  
**Conrad Müller**  
 Schkeuditz-Leipzig



Wanderplakat:

**J. Baer, Berlin N20**

Badstraße 26, Ecke Prinzenallee

**Neuheiten für den Winter**

in  
**Herren- und Knabenmoden**

Fertig und nach Maß

**Joppen und Schlafrocke**

**Sport- und  
 Berufskleidung**

Trotz billiger Preise nur Qualitätsware



paral-  
 lisch.  
 nur für  
 schwere Fälle bewährt worden. Hauptknoten Heilerkies.  
 In Verbindung mit Massage, Arztl. empfohlen.  
 Preis 100 9-11, 1-1, Sonntag 10-12 Janu

**Ischias**

**Zuckerkrankhe**



Ich liefere tugendlose  
**Trauringe**

1 Ring 500 gest. (Bakelgold) 7 gr. adwer M. 26.50  
 1 - 585 - 5 - - - 14.00  
 1 - 333 - 4 - - - 7.00

Ständig ca. 3000 Stück auf Lager  
 Gravieren gratis, zum Mitnehmen  
**Hermann Wiese, Berlin** N. 24, Artilleriestr. 30  
 W., Passauer Straße 12

Für Silvester  
**Aschingers Pfannkuchen**

In bekannter hervorragender Güte,  
 mit verschiedenen Füllungen

**Ananas-Pfannkuchen**

in allen Aschinger Konditorien